



Ausschuss für Schule und Bildung

70. Sitzung (öffentlich)

6. Mai 2020

Düsseldorf – Haus des Landtags

14:05 Uhr bis 15:10 Uhr

Vorsitz: Kirstin Korte (CDU)

Protokoll: Benjamin Schruff

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | |
|--|----------|
| Vor Eintritt in die Tagesordnung | 5 |
| 1 Gesundes Essen ist Kinderrecht: Gesunde und nachhaltige Verpflegung für alle Kinder und Jugendlichen in Kita und Schule sicherstellen – einheitliche Qualitätsstandards festschreiben | 6 |
- Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/7364
- Ausschussprotokoll 17/904 (Anhörung vom 05.02.2020)
- Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss kommt überein, die Beratung des Antrags zu vertagen.

- 2 Zukunftsplan Grundschule** **7**
- Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/6739
- Ausschussprotokoll 17/875 (Anhörung vom 15.01.2020)
- Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss kommt überein, die Beratung des Antrags zu vertagen.
-
- 3 1. Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausführung des § 93 Abs. 2 Schulgesetz (VO zu § 93 Abs. 2 SchulG) für das Schuljahr 2020/2021**
- 2. Bericht zur Unterrichtsversorgung 2020/2021** **8**
- Unterrichtung
durch den Präsidenten des Landtags
Drucksache 17/9121
- Vorlage 17/3298
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss stimmt dem Verordnungsentwurf mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu.
-
- 4 Entwurf einer Verordnung zur befristeten Änderung von Ausbildungs- und Prüfungsordnungen gemäß § 52 Schulgesetz NRW** **10**
- Unterrichtung
durch den Präsidenten des Landtags
Drucksache 17/9105
- Vorlage 17/3289
Vorlage 17/3408 (nachträglich erschienen)
- Stellungnahme 17/2530
Stellungnahme 17/2534
Stellungnahme 17/2552
Stellungnahme 17/2553
Stellungnahme 17/2555
Stellungnahme 17/2556

In Verbindung mit:**5 Sachstand Wiederaufnahme des Schulbetriebs** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 1]*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/3319

- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge

6 Freistellungsphasen (*Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 2]*) **20**

- keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, aus Zeitgründen auf den ursprünglich vorgesehenen mündlichen Bericht zu verzichten und sich vom Ministerium stattdessen schriftlich berichten zu lassen.

7 Verschiedenes **21**

hier: **Sitzungstermine/Ausschussreise 2021** (*s. Anlage 3*) **21**

Der Ausschuss erklärt sich mit den für das Jahr 2021 vorgesehenen Sitzungsterminen und dem für die Ausschussreise geplanten Zeitraum vom 29. Mai bis zum 6. Juni 2021 einverstanden.

8 Aussetzen der diesjährigen Abiturprüfungen/Ermittlung eines Durchschnittsabiturs – Petitions-Nr. 17-P-2020-15651-00/Petitions-Nr. 17-P-2020-16166-00 **22**

- Wortbeiträge

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzende Kirstin Korte macht darauf aufmerksam, dass sich wegen der Coronapandemie weniger Personen als sonst im Raum aufhalten dürften, die Sitzung dafür aber via Livestream übertragen werde.

Die eigenständige Ansetzung des TOPs 4 – Stichwort: „Ausbildungs- und Prüfungsordnungen“ – stelle wegen der bereits in der 68. Sitzung dazu erfolgten Abstimmung ein Versehen dar. Um, wie vereinbart, weitere Fragen klären zu können, werde man TOP 4 aber in Verbindung mit dem korrelierenden TOP 5 – Stichwort: „Wiederaufnahme Schulbetrieb“ behandeln.

Da man die Sitzung nach rund einer Stunde beenden, unter TOP 8 aber noch über die Petitionen – Stichworte: „Abiturprüfungen“ und „Durchschnittsabitur“ – sprechen müsse, solle man die zur Verfügung stehende Zeit bestmöglich nutzen.

1 Gesundes Essen ist Kinderrecht: Gesunde und nachhaltige Verpflegung für alle Kinder und Jugendlichen in Kita und Schule sicherstellen – einheitliche Qualitätsstandards festschreiben

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/7364

Ausschussprotokoll 17/904 (Anhörung vom 05.02.2020)

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Schule und Bildung – federführend –, den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend sowie den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz am 19.09.2019; AFKJ votiert nicht; Ablehnung durch AULNV)

Jochen Ott (SPD) schlägt angesichts der Kürze der heute zur Verfügung stehenden Zeit vor, über den Antrag in der nächsten regulären Ausschusssitzung zu beraten.

Der Ausschuss kommt überein, die Beratung des Antrags zu vertagen.

2 Zukunftsplan Grundschule

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/6739

Ausschussprotokoll 17/875 (Anhörung vom 15.01.2020)

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Schule und Bildung – federführend – sowie den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend am 11.07.2019; AFKJ votiert nicht)

Um genügend Zeit für die Beratungen über die Wiederaufnahme des Schulbetriebs und die Petitionen zu haben, regt **Sigrid Beer (GRÜNE)** an, über den Antrag in der nächsten regulären Ausschusssitzung zu beraten.

Vorsitzende Kirstin Korte bittet im Hinblick auf etwaige weitere Beantragungen zu berücksichtigen, dass die Tagesordnung der nächsten regulären Ausschusssitzung nun bereits zwei zusätzliche Punkte umfasse.

Der Ausschuss kommt überein, die Beratung des Antrags zu vertagen.

3 1. Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausführung des § 93 Abs. 2 Schulgesetz (VO zu § 93 Abs. 2 SchulG) für das Schuljahr 2020/2021
2. Bericht zur Unterrichtsversorgung 2020/2021

Unterrichtung
durch den Präsidenten des Landtags
Drucksache 17/9121

Vorlage 17/3298

Vorsitzende Kirstin Korte weist darauf hin, dass der mitberatende Haushalts- und Finanzausschuss sich am 7. Mai 2020 mit dem Verordnungsentwurf befassen werde.

Ministerin Yvonne Gebauer (MSB) erläutert, dass der Verordnungsentwurf, dem Haushalt 2020 folgend, für das Schuljahr 2020/2021 die Relationen Schülerinnen und Schülern je Stelle festsetze. Darüber hinaus zeige er die den Schulen aus besonderen Gründen zuerkannten Unterrichtsmehr- und Ausgleichsbedarfe auf.

Inhaltlich ergäben sich im Vergleich zum Vorjahr keine Änderungen, da die Relationen laut schulgesetzlicher Vorgaben jeweils für ein Schuljahr bestimmt werden müssten. Mit der Verordnung genüge man formalrechtlichen Anforderungen; auf diese Weise werde sichergestellt, dass die jährliche Stellenausweisung im Landeshaushalt mit den Regelungen der Verordnung übereinstimme.

Die Verordnung solle am 1. August in Kraft treten, weshalb sie den Ausschuss um Zustimmung bitte.

Helmut Seifen (AfD) fragt im Hinblick auf die günstigen Relationen Schülerinnen und Schüler je Stelle bei Sekundar-, Gemeinschafts- und PRIMUS-Schulen, warum es diese noch immer gebe und ob man eine Aufrechterhaltung beabsichtige. Da es auch an Gesamtschulen und Gymnasien heterogene Lerngruppen gebe, müsse man eine Aufrechterhaltung dieser günstigen Relationen nach der Anfangsphase – bezüglich derer man das nachvollziehen könne – schlüssig begründen.

Sigrid Beer (GRÜNE) und **Jochen Ott (SPD)** kündigen an, sich bei der Abstimmung über den Verordnungsentwurf, der den Haushalt nachvollziehe, zu enthalten. Die Zauberformel 25 – 3 – 1,5 spiegle sich nicht in den Rahmenbedingungen für die Inklusion wider; darauf aber müssten die Schulen des Gemeinsamen Lernens setzen können.

Frank Rock (CDU) und **Martina Hannen (FDP)** hingegen kündigen ihre Zustimmung an, da die Verordnung als Grundlage für den Schulstart im August dienen und personelle Planungssicherheit gewährleisten werde.

Ministerin Yvonne Gebauer (MSB) hält Sigrid Beer (GRÜNE) entgegen, dass es sich bei 25 – 3 – 1,5 nicht um eine „Zauberformel“, sondern um eine Berechnungsgröße

handle, auf deren Grundlage man an den Schulen die für qualitätvollen inklusiven Unterricht erforderlichen Stellen gewährleiste.

Die Frage von Helmut Seifen (AfD) nach den günstigen Relationen beantwortet sie mit dem Hinweis auf die im Zusammenhang mit den genannten Schulformen derzeit laufenden Schulversuche und die damit einhergehenden Stellenausweisungen.

Der Ausschuss stimmt dem Verordnungsentwurf mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu.

4 Entwurf einer Verordnung zur befristeten Änderung von Ausbildungs- und Prüfungsordnungen gemäß § 52 Schulgesetz NRW

Unterrichtung
durch den Präsidenten des Landtags
Drucksache 17/9105

Vorlage 17/3289
Vorlage 17/3408 (nachträglich erschienen)

Stellungnahme 17/2530
Stellungnahme 17/2534
Stellungnahme 17/2552
Stellungnahme 17/2553
Stellungnahme 17/2555
Stellungnahme 17/2556

In Verbindung mit:

5 Sachstand Wiederaufnahme des Schulbetriebs (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 1]*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/3319

Ministerin Yvonne Gebauer (MSB) berichtet:

Lieber Herr Ott, Sie haben um einen schriftlichen Bericht zur Wiederaufnahme des Schulbetriebs gebeten, den wir Ihnen kurzfristig zugesandt haben. Da auch bei uns die Lage sehr dynamisch ist, war es uns leider nicht früher möglich. Ich weise darauf hin, dass in einem solchen Bericht nur der Sachstand zu einem bestimmten Zeitpunkt erfasst werden kann. Man muss immer wieder sagen, dass es in einer solchen dynamischen Situation stets zu neuen Ereignissen bzw. Bewertungen kommen kann. Auf neue Entwicklungen wollen wir natürlich auch eingehen.

So ist es zum Beispiel selbstverständlich, dass die Gesundheitsbehörden beim Auftreten von Coronainfektionen an Schulen neue Maßgaben wie Betretungsverbote erteilen können und Schulen gegebenenfalls auch wieder geschlossen werden müssen.

Im vorliegenden schriftlichen Bericht habe ich Ihnen dargelegt, welche neuen Erkenntnisse wir durch eine stichprobenartige Abfrage meines Hauses bei weiterführenden Schulen, darunter Förderschulen, Berufskollegs und Weiterbildungskollegs, zur Situation vor Ort zum Stichtag 29. April 2020, also Mittwoch vergangener Woche, erlangen konnten.

Die Umfrage bei den betroffenen Schulen, die von nun an wöchentlich jeweils zum Stichtag Mittwoch durchgeführt wird, hat unter anderem Folgendes ergeben: Die Schülerinnen und Schüler der Abschlussklassen an weiterführenden Schulen sind

ebenso wie die Abiturientinnen und Abiturienten der Jahrgangsstufe Q2, die zur Abiturvorbereitung freiwillig an den Unterrichtsangeboten teilnehmen können, in großer Zahl an die Schulen zurückgekehrt. Bis auf wenige Ausnahmen reichen die Raumkapazitäten an den Schulen im Land aus, um die nun an die Schulen zurückgekehrten Schülerinnen und Schüler unter Beachtung des Abstandsgebotes zu beschulen.

Schon jetzt – auch das ist wichtig, zu wissen – weist die überwiegende Zahl der Schulen keinerlei Probleme bei der Einhaltung aller Infektionsschutz- und Hygienestandards auf. Die Anzahl der dienstfähigen Lehrerinnen und Lehrer in den Kollegien reicht aus, um eine Beschulung der zurückgekehrten Schülerinnen und Schüler sicherzustellen.

Wie bereits zu Beginn gesagt, wissen wir, dass die Lage sich stetig dynamisch weiterentwickelt. Aus diesem Grund sind immer wieder neue Lagebewertungen und Ad-hoc-Reaktionen erforderlich. Ursprünglich war geplant, dass das von der KMK erarbeitete Rahmenkonzept zur Wiederaufnahme des Schulbetriebs am 30. April von den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder sowie der Bundeskanzlerin beschlossen wird. Wie Sie wissen, läuft die Ministerpräsidentenkonferenz mit der Bundeskanzlerin derzeit, und wir warten auf Ergebnisse, um dann mit unseren Vorstellungen sprechfähig an die Öffentlichkeit gehen zu können.

Unabhängig davon, wie wir weiter verfahren, steht fest, dass die Klassen aus Gründen des Infektionsschutzes, natürlich immer in Abhängigkeit von der jeweiligen Raumgröße und Schülerzahl, zumeist halbiert werden müssen. Ich bin mir bewusst, dass unsere Schulen, Schulleitungen und Lehrkräfte dadurch vor großen Herausforderungen stehen und weiter stehen werden. Wegen der unvermeidlichen Beschäftigungsverbote können zudem nicht alle Lehrkräfte an den Schulen für Präsenzunterricht eingesetzt werden. Allein diese Faktoren machen deutlich, dass eine Rückkehr zu einem normalen Unterricht, wie wir ihn bis zum 13. März dieses Jahres kannten, in diesem Schuljahr auszuschließen ist.

Dennoch muss es unser Ziel sein, in den kommenden Wochen bis zu den Sommerferien allen Kindern aller Jahrgänge, auch denen mit Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung, eine Rückkehr in den regelmäßigen Präsenzunterricht zu ermöglichen. In diesem Punkt sind wir uns in der Kultusministerkonferenz und mit den Vertreterinnen und Vertretern der schulischen Verbände einig. Das gilt auch für die Wiederaufnahme von Ganztags- und Betreuungsangeboten. Das hat natürlich zur Folge, dass der Unterricht an mindestens einem Tag in der Woche möglich sein muss.

Wie ich bereits in früheren Ausschusssitzungen und im Plenum sagte, hat der Schutz der Gesundheit aller am Schulleben Beteiligten für uns oberste Priorität. Um unsere Lehrerinnen und Lehrer bestmöglich zu unterstützen und zu schützen, stellt das Ministerium für Schule und Bildung über 2 Millionen Euro für Alltagsmasken bereit. Damit offeriert die Landesregierung den Schulträgern ein Unterstützungsangebot, mittels dessen sie sich von den zuständigen Bezirksregierungen ihre nachgewiesenen Kosten für die Beschaffung von Alltagsmasken für Lehrkräfte bis zu einem jeweils pro Schulträger festgelegten Höchstbetrag erstatten lassen können.

Darüber hinaus nehmen wir selbstverständlich in den Blick, dass für einige Förderschulen ganz spezielle Anforderungen und Schutzbedarfe zu berücksichtigen sind. Ich meine, dass dieses Vorgehen nicht nur ein deutliches Signal an unsere Lehrkräfte ist, sondern auch auf große Zustimmung stoßen wird.

Am 21. April hatten wir Ihnen die erbetenen Zahlen zur Notbetreuung mit Stand vom 16. April übermittelt. Sie wissen, dass wir den Kreis der Berechtigten inzwischen erweitert haben. Zum damaligen Zeitpunkt wurden 5.847 Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufen 1 bis 6 betreut; das waren 0,6 %. Diese Zahlen sind mittlerweile erheblich angestiegen, nämlich auf 20.870; das sind 2,1 %. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler in der Notbetreuung nach § 8a und nach §§ 27 ff. SGB VIII hat sich mittlerweile von 513 auf 710 Schülerinnen und Schüler erhöht.

Ich bin mir sehr bewusst – und das wird mir über die Verbände auch regelmäßig aus den Schulen widergespiegelt –, dass viele Schulen längst intensiv an Konzepten arbeiten und sich zu einem früheren Zeitpunkt Informationen und Orientierungshilfen zur Wiederaufnahme des Unterrichts bzw. Schulbetriebs gewünscht hätten. Aber auch wir haben erst vergangene Woche erfahren, dass sich aus dem für den 30. April angesetzten Treffen der Kanzlerin mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs keine neuen bzw. weitergehenden Beschlüsse zu den Schulen ergeben. Vielmehr wurde darauf gesetzt, auf belastbare Zahlen zur Entwicklung des Infektionsgeschehens in diesen zwei Wochen zu warten. Zur Stunde werden nun die entsprechenden Beschlüsse gefasst.

Trotzdem haben wir auf dieser Grundlage so schnell wie möglich Gespräche mit den Verbänden geführt. Wir sind uns bewusst, dass die Rahmenbedingungen und Möglichkeiten der Schulen sehr unterschiedlich sind, dass aber alle Schulen – und das eint sie in dieser schwierigen Zeit – das Beste für ihre Schülerinnen und Schüler erreichen wollen.

Die Bildungschancen müssen allerdings möglichst gleich verteilt sein, und alle Kinder müssen bestmöglich unterstützt werden. Bei aller Flexibilität, die wir den Schulen gewähren wollen und sicherlich auch müssen, und bei allem kreativen Engagement vor Ort benötigen wir in dieser außergewöhnlichen und neuen Situation aber auch landesweit eine stabile Basis und klare gemeinsame Regelungen.

Jochen Ott (SPD): Frau Ministerin, danke für den Bericht und die Ergänzungen. Ich würde gerne noch zwei Fragen anbringen und mich freuen, wenn Sie dazu noch etwas sagen könnten.

Bezüglich des Umgangs mit GL-Kindern an Regelschulen gibt es natürlich die Fragestellung, was mit den Kindern mit dem Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung ist, die im Gemeinsamen Lernen sind. Aus Sicht vieler Schulen gibt es immer noch die Frage, wie man damit, beispielsweise in den 4. Klassen, ab morgen umgeht. Mir liegen Schreiben von Grundschulleitungen vor, in denen es heißt, dass das nicht geklärt sei.

Außerdem möchte ich wissen, wie die Situation bezüglich der Tages- und Abend-schule ist. Dort ist als Aufnahmevoraussetzung eine geringfügige Beschäftigung vorgesehen. Das ist ein echtes Problem, weil viele junge Menschen das nicht

gewährleisten können. Außerdem droht die Finanzierung wegzubrechen, da es sich bei derartigen Schulen meist um Ersatzschulen handelt.

Das sind zwei konkrete Fragen, von denen ich glaube, dass es sehr zielführend wäre, sie zu klären. Wir würden weiterhin wie bisher vorgehen, alles sammeln und an Sie weitergeben.

Inhaltlich möchte ich auf Folgendes hinweisen: Ich halte es für unerlässlich, dass jetzt mittels einer klaren Kommunikation deutlich gemacht wird, worauf die Menschen sich einstellen können.

Ich möchte das gar nicht mehr kommentieren. Ich könnte mir jetzt die Mühe machen, die regierungstragenden Fraktion mithilfe der Protokolle der vergangenen Woche zu zitieren und das mit dem abzugleichen, was dann am Donnerstag, Freitag bzw. Samstag passiert ist. Ich möchte das aber nicht tun, ich möchte es uns ersparen.

Vor allem meine ich, dass es auch für das System falsch wäre. Angesichts eines so großen Systems mit Millionen von betroffenen Menschen macht es überhaupt keinen Sinn, sich das vorzuhalten, vielmehr geht es jetzt darum, klar zu kommunizieren.

Ich möchte den Fokus auf Menschen legen, die intellektuell große Schwierigkeiten haben, dem überhaupt zu folgen. Es gibt Eltern mit Kindern an Schulen des Standorttyps 4 oder 5, die schlichtweg nicht verstehen, was gerade passiert. Diese Eltern zu erreichen, ist sowieso schon schwierig, das gilt derzeit umso mehr.

Über das, was dazu verabredet ist, erfährt man nur über Eilmeldungen, aber es macht den Eindruck, als ob die Länder im Wesentlichen so agieren, wie sie es für richtig halten. Zumindest kann ich nicht erkennen, was da in den vergangenen Tagen noch abgestimmt gelaufen ist. Verstehen Sie mich nicht falsch: Das kann und will ich Ihnen nicht vorwerfen.

Aber jetzt ist es wichtig, klar zu kommunizieren, damit alle wissen, worauf sie sich in den kommenden Wochen einstellen können und was sie vorbereiten bzw. organisieren müssen. Darüber hinaus erwarte ich, dass es eine klare Kommunikation dazu gibt, was in den Sommerferien passieren wird oder dass zumindest eine erste Idee aufgezeigt wird. Auch die Hinweise der Experten, die wir heute Morgen gehört haben, deuten darauf hin, dass man bezüglich dessen, was nach den Sommerferien passieren wird, reinen Wein einschenken sollte.

Die Eltern kriegen jetzt mehrheitlich spitz, dass ihre Kinder bis zu den Sommerferien nicht mehr zur Schule gehen werden; und wenn doch, dann nur an einzelnen Tagen. Egal, in welcher Art von rotierendem System das sein wird, werden sie ein Problem haben. Deswegen ist es wichtig, dass jetzt klar kommuniziert wird, wer wann und wie in die Schule kommen darf. Ich meine, es braucht klare Vorgaben dazu, wie die Notbetreuung jetzt funktioniert und wer da hinein darf und wer nicht, damit die Schulleiter vor Ort nicht diejenigen sind, die das aushalten und die Probleme am Ende bewältigen müssen.

Ich möchte das Ministerium dringend bitten, das Gespräch mit der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit bzw. ihrer Behörde zu suchen, da uns heute Morgen mitgeteilt wurde, dass das Ministerium seit acht Wochen nicht mehr mit der

Datenschutzbehörde gesprochen hat. Beim letzten Mal haben wir gehört, dass wir Vertreter des Datenschutzes einladen sollten, um mit ihnen zu reden. Heute Morgen wurde dann gesagt, dass diese Abstimmung nicht stattgefunden habe. Ich halte es für zwingend, jetzt Rechtssicherheit für unsere Kolleginnen und Kollegen herzustellen. Das betrifft nämlich nicht nur die Hygiene, sondern, ähnlich wie in anderen Ländern, auch Fragen des Umgangs mit Zoom, WhatsApp usw.

Außerdem bitte ich darum, sich Gedanken darüber zu machen, welche Maßnahmen in Bezug auf die Digitalisierung in Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden zum neuen Schuljahr umgesetzt werden müssen. Wenn es tatsächlich so ist, wie die Verbandsvertreter heute Morgen gesagt haben, dass man davon ausgehe, nach den Sommerferien nicht auf den Level von vor dem 13. März hochfahren zu können, ist eine Nutzung vorhandener bzw. eine Beschaffung neuer digitaler Endgeräte aus unserer Sicht jetzt zwingend einzutüten, da das einen gewissen Vorlauf braucht. Am Geld kann es nicht liegen, und angesichts der Rettungsschirme und der Bundesliga sollte uns der Wiedereinstieg in den Schulbetrieb ein besonderes Herzensanliegen sein.

Ich bitte also um die Beantwortung meiner konkreten Fragen und um ein Konzept zu den vor uns liegenden drei Phasen in möglichst kurzer Zeit. Ich kündige hiermit an, dass ich den Bericht gerne zur Sitzung am 20. Mai hätte.

Vorsitzende Kirstin Korte: Welchen, Herr Kollege? Den umfassenden? Die Ministerin fragte gerade nach.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Beide!)

Jochen Ott (SPD): Die Fragen kann man ja vielleicht jetzt schon beantworten. Das wäre schön. Aber dazu, in welcher Form das Ministerium beabsichtigt, in die drei Phasen einzutreten, hätte ich gerne einen Bericht zum 20. Mai. Das können wir notfalls aber noch mal schriftlich beantragen. – Ich höre gerade, dass die Grünen das schon getan haben. Insofern könnte es sein, dass sich das doppelt.

Vorsitzende Kirstin Korte: Das wäre jetzt mein Satz gewesen. Zum Thema „Datenschutz“ habe ich bereits einen Berichtswunsch vorliegen.

(Ministerin Yvonne Gebauer [MSB]: Jetzt haben wir es!)

– Das ging jetzt alles ein bisschen ineinander über. – Frau Beer, bitte.

Sigrid Beer (GRÜNE): Frau Ministerin, danke für den Bericht und die mündlichen Erläuterungen. Weil wir sehr knapp in der Zeit sind, will ich jetzt nichts doppeln. Die Berichts-anfrage zum Thema „Datenschutz“ ist schon raus, weil es drängt. Aber auch bei anderen Dingen, etwa die Ausstattung betreffend, ist es ganz wichtig, etwas auf den Weg zu bringen; das wird sicherlich am 20. Mai Thema sein. Ergänzend würde ich gerne fragen, ob wir gleich eine schriftliche Beantwortung der Fragen, die ich eingereicht habe, bekommen.

Außerdem hätte ich gerne Klarheit darüber, ob in der nächsten Woche auch die außerschulischen Lernorte wieder geöffnet sind. Wenn man möglichst vielen Schülerinnen und Schülern bestimmte Lernsettings ermöglichen will, etwa im Rahmen von Wald- und Naturpädagogik bzw. des Grünen Klassenzimmers, die gerade auch im Bereich der sonderpädagogischen Unterstützung sehr sinnvoll sind, müssen außerschulische Lernorte wieder genutzt werden können.

Intern hatten wir schon mal angesprochen, ob bezüglich der BKs die Voraussetzungen für Praktika bzw. Anmeldungen geschaffen sind.

Folgende Frage kam mir ganz aktuell auf den Tisch: Ist es richtig, dass Lehrkräften, die eigentlich zu Risikogruppen gehören, die sich aber freiwillig für die mündlichen Prüfungen im Abitur melden, untersagt wird, daran teilzunehmen?

Außerdem würde ich im Zusammenhang mit Ihrem Bericht gerne fragen, an wie vielen Schulen bis heute Coronafälle aufgetreten sind. Ist es richtig, dass das an drei Schulen in Geilenkirchen der Fall ist?

Welche Stichprobe haben Sie genommen und hochgerechnet? In ihrem Bericht habe ich sehr relativierende Aussagen gelesen. Da steht nur, dass die Schulen „grundsätzlich“ über ausreichende Raumkapazitäten verfügten. – Das bezieht sich ja erst mal auf die Prüfungsjahrgänge. – Weiter heißt es, dass es keine „gravierenden“ Probleme gegeben habe. – Was für Probleme hat es denn gegeben? – Außerdem steht dort, dass die Anzahl der dienstfähigen Lehrerinnen und Lehrer „in aller Regel“ ausreiche. – Was sind die Ausnahmen von der Regel? Wie ist das definiert? An wie vielen Schulen ist das der Fall? Wenn Sie nur Stichproben genommen haben, inwieweit ist es verlässlich für Schülerinnen und Schüler und Eltern, welches Personal an den Schulen wirklich Unterricht geben kann? Das erschließt sich aus diesem Bericht nicht, vielmehr werden zusätzliche Fragen aufgeworfen, die wir gerne beantwortet hätten.

Helmut Seifen (AfD): Ich habe weniger eine Frage zu stellen, als eine Bemerkung zu machen. Zunächst danke ich der Ministerin für den Bericht und will gerne zugestehen, dass das Ministerium alles tut, was in dieser Situation geht, um den Schulbetrieb wieder zu ermöglichen.

Ein bisschen geschockt hat mich der Hinweis, dass bis zu den Sommerferien vielleicht kein geordneter Schulbetrieb mehr möglich sein soll. Das halte ich persönlich für falsch. Ich informiere mich über Zahlen zu Infizierten und Übersterblichkeit in den verschiedenen Ländern Europas und sage Ihnen ganz ehrlich, dass ich mir wünschen würde, dass wir möglichst schnell wieder zu einem normalen Schulbetrieb zurückkehren. Ausgenommen können diejenigen sein, die für sich persönlich meinen, daran nicht teilnehmen zu können.

Die Unsicherheiten, die an Herrn Ott und Frau Beer herangetragen wurden und von denen sie hier berichtet haben, resultieren natürlich daraus, dass von offizieller Seite und auf oberster Ebene, ob durch den Bund oder etliche Wissenschaftler, Ängste geschürt oder zumindest geäußert werden – ich nehme „geschürt“ zurück.

Dadurch wird eine Reihe von Menschen verunsichert. Das kann ich sehr gut verstehen. Es gibt hier natürlich eine Mentalität, wegen der Sie – das, was ich jetzt sage, ist

keine Kritik am Ministerium – geschmeidig und peu à peu vorgehen müssen. Sie können sich nicht wie ein Elefant im Porzellanladen verhalten und sagen, dass die Ängste alle völlig unbegründet seien und wir das jetzt einfach so machen würden. – Das verstehe ich schon. Aber es muss eine konzertierte Aktion aller Ministerpräsidenten bis hoch zur Bundeskanzlerin sein. Wir müssen den Menschen endlich reinen Wein einschenken und sagen, dass wir im März große Sorgen hatten und deswegen diese Maßnahmen getroffen haben. – Dem würde ich zustimmen und sagen: Jawohl, das war auch richtig so. – Aber jetzt haben die Wissenschaftler offenbar wesentlich mehr über das Virus und seine Wirkung herausgefunden. Schweden zum Beispiel geht einen ganz anderen Weg. Dort sind die Schulen geöffnet, und sie haben zumindest keine Übersterblichkeit bei jungen Menschen. Für die Lage bei den Älteren gibt es andere Gründe, die ich hier nicht ausführen kann, weil das zu lange dauern würde.

Die Vorstellung, die wir in die Menschen hineingepflanzt haben, dass wir kurz vor einer Katastrophe stünden, hindert uns natürlich daran, die Schulen derart zu öffnen, wie ich es mir wünschen würde. Sie und Ihr Ministerium allein können das nicht, aber ich plädiere dafür, den Menschen endlich reinen Wein einzuschenken, ihnen die Angst zu nehmen und ihnen zu sagen, dass sich die frühere Einschätzung der Pandemie so nicht halten lasse und wir deshalb zum Leben zurückkehren müssten.

Im Übrigen kann es nicht sein, dass die Biergärten öffnen und die Schulen geschlossen bleiben. Das sage ich Ihnen ganz ehrlich. So geht es nicht. Die Kinder wollen lernen, sie wollen zurück an die Schulen; und zwar nicht im Rahmen eines Wechselsystems oder einer halben Besetzung.

Ein letzter Punkt: Sämtliche Beschwerden, die von Schulen bzw. Schulleitungen an Sie oder die Bezirksregierungen verständlicherweise herangetragen werden, resultieren natürlich daraus, dass man für den Schulbetrieb jetzt bestimmte Bedingungen aufstellt. Diese Bedingungen gibt es aber nur, weil man meint, wir hätten es mit einem Killervirus zu tun. Hier muss also endlich die Aufklärung beginnen, damit wir die Ängste minimieren und wieder zum normalen Schulbetrieb zurückkehren können.

Frank Rock (CDU): Wir befassen uns auch heute noch mal damit, wie es weitergeht. Ich denke, das werden wir in den kommenden Monaten in jeder Schulausschusssitzung tun, da wir eine Lage haben, die sich ständig ein Stück weit verändert.

Ähnlich wie der Kollege Seifen möchte ich mit einem Dank für den Bericht der Ministerin beginnen, weil ich das Gefühl habe, dass einige Dinge schrittweise klarer werden. Eine Vielzahl der SchulMails, die in den Verbänden zu Diskussionen über die Kommunikationsstrategie geführt haben, war nicht immer so, wie wir alle uns das vorgestellt hätten. Sie sind jedenfalls so angekommen, wie sie angekommen sind, und das muss man wahrnehmen und ernstnehmen. Ich habe aber das Gefühl, dass das verstanden wurde. Die letzte SchulMail empfand ich als sehr aufklärend und informativ.

Meine Bitte war auch, SchulMails auf die jeweiligen Adressaten abzustimmen. Ich finde es wichtig, sich klarzumachen, dass es an Grundschulen andere Ansprechpartner als an BKs gibt.

Auf einige Punkte möchte ich eingehen. Wir haben hier keine Lage, die nur NRW betrifft, vielmehr ist ganz Deutschland betroffen. Die Probleme mit der Wiederaufnahme des Unterrichts sind in Niedersachsen, Bayern, Berlin oder im Saarland genauso groß wie in NRW. Ich meine, man sollte hier nicht den Eindruck erzeugen, dass in NRW einiges schlechter laufe als anderswo. Wenn man die überregionale Presse liest, stellt man fest, dass die Kritik am Neustart des großen Systems Schule überall die gleiche ist. Daher denke ich, dass wir darüber ruhig und sachlich reden müssen.

Ich gebe dem Kollegen Ott dahingehend recht, dass wir heute ein gutes Gespräch mit den Vertretern des Datenschutzes hatten, aus dem auch ich mit etwas Bauchgrimmen herausgegangen bin. Ich stelle aber auch fest, dass die Damen und Herren sehr deutlich gesagt haben, dass das Problem mit dem Datenschutz keines der Krise oder der jetzigen Landesregierung bzw. Ministerin sei, sondern im Zusammenhang mit Schule schon seit Jahren bestehe, da es sich um ein weites und schwieriges Feld handle. Aus diesem Grund bin ich dankbar, dass wir zu einem weiteren Austausch kommen, und deshalb ist es auch wichtig, dass wir hier Transparenz schaffen.

Ich denke, es ist entscheidend, die positiven Worte, dass wir jetzt in weitere Planungen gehen müssen, mitzunehmen. Ich finde, dass die zuletzt verschickten SchulMails diese weiteren Planungen aufzeigen. Heute kommt auch noch mal ein bisschen Zug in die Sache, weil wir ausführlich informiert werden, wie sich die Ministerpräsidenten und die Kanzlerin die weiteren Schritte vorstellen. Das eine oder andere klingt ja schon durch.

Wir müssen schrittweise Normalität zurückerlangen. Das erhoffe ich mir für die Schulen und vor allem für die Schülerinnen und Schüler in unserem Land, weil es nur Chancengleichheit geben kann, wenn es im Lehren und im Lernen Normalität gibt.

Im Hinblick auf den Sommer müssen wir zeitnah planen, wie es in den Sommerferien aussehen und was für Betreuungsangebote es für – in Führungszeichen – gestresste Familien geben soll. Darauf muss man den Blick richten. Noch sind es sieben Wochen bis zu den Sommerferien, aber ich hoffe, dass wir in naher Zukunft dazu ins Gespräch kommen.

Man muss den Blick aber auch auf die Zeit nach dem Sommer richten. Dabei geht es nicht so sehr darum, was am ersten Schultag passiert, sondern vielmehr darum, was mit den Lehrinhalten ist, die in den vergangenen Monaten nicht so gelehrt worden sind, wie wir uns das alle gewünscht hätten. Und wie steht es um diese Lehrinhalte, wenn der Schulbetrieb auch nach den Sommerferien nur schrittweise bzw. stufenweise anläuft? Das meine ich vor allem im Hinblick auf die Abschlussjahrgänge des kommenden Jahres, Q1 und 9. Klassen. Was wurde hier an Lernstoff vermittelt, und worauf muss eine zentrale Abschlussprüfung im kommenden Jahr Rücksicht nehmen?

Bezüglich der Bildungsgänge an Berufskollegs kann es im Zusammenhang mit Versetzungen bzw. Leistungen, die zurzeit nicht überprüft werden können, zu übervollen Klassen in den kommenden Jahrgängen kommen. Wir müssen darauf schauen, in den Bildungsgängen der Berufskollegs Menschen, die die Ausbildung beenden können, mitzunehmen. Das hat enorme Auswirkungen auf das nächste Jahr. Ich denke aber, dass wir da gut agieren können.

Außerdem würde ich noch gerne die Digitalisierung bzw. das Lernen auf Distanz ansprechen. Wir werden Rhythmen entwickeln müssen, um die Situation bezüglich des Lernens auf Distanz bzw. des eigenverantwortlichen Lernens und des Präsenzunterrichts zu verbessern.

Herr Ott, ich finde, Sie waren sehr sachlich und ruhig. Ein bisschen gestört hat mich aber der Vergleich zwischen Digitalisierung und Fußballbundesliga. Ich weiß nicht, ob das so richtig ist. Wenn man sich ruhig über Mittel und Wege austauscht, sollte man derartige Bemerkungen unterlassen.

Martina Hannen (FDP): Ich möchte mich ausdrücklich für den Sachstandsbericht bedanken. Wir konnten darin lesen, dass es sowohl bezüglich der Räume als auch der Lehrerinnen und Lehrer gut aussieht. Das ist auch genau das, was wir in den vielen Mails und persönlichen Gesprächen widergespiegelt bekommen. Ich meine sehr deutlich zu verspüren, dass die Schulen, die jetzt schon an den Start gegangen sind, das vor Ort ganz hervorragend machen und umsetzen.

In Gesprächen mit Schülerinnen und Schülern der Abschlussklassen erleben wir, dass sie sehr zufrieden damit sind, wie die Schulen das vor Ort umsetzen. So sind sie zum Beispiel sehr froh, dass das Ministerium den Abiturientinnen und Abiturienten die Möglichkeit gegeben hat, passgenauen Unterricht zu erhalten, bevor es mit den Abiturprüfungen losgeht. Das gleiche erleben wir bei den anderen weiterführenden Schulen und den BKs.

Außerdem merken wir deutlich, dass die Grundschulen sehr froh sind, das Go zu bekommen und wieder starten zu können. Das ist eine unglaublich positive Situation, die sich der eine oder andere vor drei oder vier Wochen so vielleicht gar nicht hätte vorstellen können. Es ist ganz wichtig, dass das berichtet wird und aus dem Sachstandsbericht auch hervorgeht. Ich halte es für bemerkenswert, dass wir alle miteinander einen Ruck wahrnehmen, der zeigt, dass es weitergeht.

Wir erleben, dass Schülerinnen und Schüler sehr froh sind, wieder in die Schule gehen zu können. Diese Akzeptanz zeigt, dass das der richtige Weg ist. Ich wäre froh, wenn wir heute von den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten sowie der Bundeskanzlerin ein deutliches Signal bekämen, dass es so weitergehe und wir immer mehr Schülerinnen und Schüler auf diesem Weg begleiten könnten.

Ministerin Yvonne Gebauer (MSB): In Anbetracht der Uhrzeit mache ich es kurz. Auf die Fachfragen werden wir schriftlich antworten, aber zwei Dinge möchte ich gerne sagen.

Herr Seifen, Sie haben den Regelbetrieb angesprochen. Ich muss Ihnen ausdrücklich widersprechen, damit bei den Eltern keine falschen Erwartungshaltungen entstehen. Wir werden an den Schulen bis zu den Sommerferien keinen Regelbetrieb, wie wir ihn bis zum 13. März dieses Jahres hatten, leisten können. Das muss man so deutlich sagen. Uns stehen weder die Räumlichkeiten noch das Personal in ausreichendem Maß zur Verfügung. Es wäre nicht ehrlich, in diesem Zusammenhang etwas anderes

zu verkünden. Deswegen muss ich die Aussage, die Sie getätigt haben, ausdrücklich korrigieren.

Frau Beer, Sie fragten nach den aktuellen Coronaverdachtsfällen. – Dazu möchte ich sagen, dass Schule die Gesellschaft widerspiegelt. Solange wir in der Gesellschaft Coronafälle haben – und die haben wir in viel geringerem Maße als andere Länder; Gott sei Dank! –, wird es auch in der Schule Coronaverdachtsfälle geben. So wird es sein, und so muss man es auch kommunizieren.

Nun zu den aktuellen Zahlen. Bezirksregierung Arnsberg: Fehlanzeige. Bezirksregierung Detmold: Fehlanzeige. Bezirksregierung Düsseldorf: eine Realschule in Langenfeld, das Gesundheitsamt hat die Schule aufgrund des Verdachtsfalls für den 5. und 6. Mai geschlossen. Bezirksregierung Köln: an einem Gymnasium in Geilenkirchen ist ein Schüler der Q2 positiv getestet worden, die Schülerinnen und Schüler sind bis einschließlich dem 8. vom Gesundheitsamt unter Quarantäne gestellt worden; an einer Gesamtschule in Geilenkirchen wurde auch ein Schüler positiv getestet, die Maßnahmen des Gesundheitsamts stehen noch aus. Bezirksregierung Münster: Fehlanzeige.

Ich sage aber auch, dass das der aktuelle Stand von heute Mittag ist, der sich natürlich, wie immer in dieser dynamischen Lage, schnell ändern kann.

Vorsitzende Kirstin Korte: Vielen Dank, Frau Ministerin, auch für das Angebot, die Fragen schriftlich zu beantworten.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

– Die Ministerin war sehr konzentriert, sie guckt jetzt nicht auch noch auf das Handy.

6 Freistellungsphasen (*Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 2]*)

Der Ausschuss kommt überein, aus Zeitgründen auf den ursprünglich vorgesehenen mündlichen Bericht zu verzichten und sich vom Ministerium stattdessen schriftlich berichten zu lassen.

(Der Ausschuss hat sich entgegen der ursprünglichen Tagesordnung darauf verständigt, diesen Tagesordnungspunkt als TOP 7 zu behandeln.)

7 Verschiedenes

hier: **Sitzungstermine/Ausschussreise 2021** (s. Anlage 3)

Der Ausschuss erklärt sich mit den für das Jahr 2021 vorgesehenen Sitzungsterminen und dem für die Ausschussreise geplanten Zeitraum vom 29. Mai bis zum 6. Juni 2021 einverstanden.

(Der Ausschuss hat sich entgegen der ursprünglichen Tagesordnung darauf verständigt, diesen Tagesordnungspunkt als TOP 8 zu behandeln.)

8 Aussetzen der diesjährigen Abiturprüfungen/Ermittlung eines Durchschnittsabiturs – Petitions-Nr. 17-P-2020-15651-00/Petitions-Nr. 17-P-2020-16166-00

Vorsitzende Kirstin Korte: Ich begrüße den Vorsitzenden des Petitionsausschusses, Herrn Yüksel, die anwesenden Gäste und die Zuschauer am Videostream.

Im Namen des Ausschusses danke ich für Ihr Engagement in Sachen Abitur bzw. Durchschnittsabitur oder wie auch immer Sie es formulieren möchten. Aus konkretem Anlass darf ich Sie mit einem kurzen Update zum parlamentarischen Vorgehen versorgen. Zunächst der Hinweis, dass Namen und Orte hier nicht genannt werden. Die eingereichten Petitionen sind ans Petitionsreferat gegangen und werden dort bearbeitet und beschieden. Gelegentlich geht eine Petition als Informationsmaterial auch an einen Fachausschuss.

Weil es natürlich sehr aktuell ist, haben die Obleute des Petitionsausschusses im konkreten Fall entschieden, diese Petitionen zunächst an den Ausschuss für Schule und Bildung zu geben und dann am 19. Mai im eigenen Ausschuss zu bescheiden.

Diese Petitionen haben wir am Montagvormittag bekommen, sie wurden anonymisiert und sind dann ins Verfahren gegangen, das heißt, die Fraktionen haben sie bekommen, ich habe sie auf die Tagesordnung gesetzt und die Fraktionen konnten sich bis Dienstagmorgen äußern, ob sie damit einverstanden sind. Sie waren einverstanden, und Dienstagmorgen hat es die neue Tagesordnung gegeben.

Ich sage das vor dem Hintergrund, dass soziale Netzwerke gerne auf Fake News hereinfließen, ganz bewusst. Vielleicht ist das ein guter Hinweis darauf, zu schauen, dass man sich sachgerecht informiert, bevor man etwas auf den Weg bringt. Zu Stil und Inhalt sage ich nichts, das ist auch eine subjektive Angelegenheit. Wichtig ist, dass Sie sich engagiert haben. Das ist gut und richtig.

Jetzt gebe ich der Ministerin zum Thema „Durchschnittsabitur“ das Wort.

Ministerin Yvonne Gebauer (MSB): Vielleicht geben Sie erst den Fraktionen das Wort?

Vorsitzende Kirstin Korte: Das ist eigentlich so nicht üblich, aber gut. – Sigrid Beer.

Sigrid Beer (GRÜNE): Entschuldigung, aber das ist schon üblich. Es gehört auch dazu, dass das Material zur fachlichen Diskussion in die Ausschüsse gegeben wird. Das ist genau der Sinn und Zweck dieses Weitergebens.

Ich bin dankbar, dass wir das auf die heutige Tagesordnung der Ausschusssitzung bekommen haben, weil die Vorgänge im Augenblick laufen und es keinen Sinn

machen würde, am 20. Mai oder noch später darüber zu reden. Ich bin froh, dass wir uns im Petitionsausschuss auf dieses Verfahren verständigen konnten.

Ich habe ganz bewusst nach der Zahl der Vorgänge gefragt. Gerade ist die Meldung hereingekommen, dass es auch in Düsseldorf Coronaverdachtsfälle gibt. Die Frage der Unterbrechung und Vorbereitung bzw. des nicht gesicherten Vorbereitens ist eine ganz zentrale.

Ich stimme der Ministerin ausdrücklich zu, dass wir immer wieder solche Fälle haben werden. Deswegen hat es auch Kritik bezüglich der Einschätzung gegeben, ob das Gesetz im Hinblick auf die gewählten Optionen hinreichend sei. Diese grundsätzliche Entscheidung haben wir kontrovers diskutiert, aber sie wurde jetzt getroffen. Wir haben in der vergangenen Woche die Änderung des Schulgesetzes verabschiedet, und das ist die Rechtsgrundlage für das, was im Augenblick stattfindet. Ich muss sagen, dass ich nicht die Erwartung hege, hier einen neuen Impuls zu geben, um das Schulgesetz nochmals infrage zu stellen. Das muss man allen Beteiligten in dieser Offenheit sehr deutlich sagen.

Einen Hinweis, der im Petitionsbeschluss steht und auch vom Ministerium gekommen ist, will ich aufgreifen und auf das verweisen, was die Präsidentin der KMK gesagt hat; das war am 24. März bundesweit zu lesen: Das Abitur 2020 würde auch gegenseitig anerkannt, wenn keine Abschlussklausuren geschrieben werden könnten. – Und die Vorsitzende des Deutschen Philologenverbands wurde am 24. März wie folgt zitiert: „Sollte dies nicht möglich sein, haben wir beim Abitur die großartige Situation, dass zwei Drittel der Abiturnote ja bereits durch die Leistungen in den Kursen erbracht sind.“

Deswegen verweise ich nochmals auf das, was im Petitionsbeschluss steht und dokumentiert ist: Wenn sich die Situation dramatisch zuspitzen würde, bestünde immer noch die Möglichkeit, zu einer neuen Regelung zu kommen; wir müssten dann allerdings ein neues gesetzliches Verfahren aufsetzen.

Ich sage hier, dass wir uns das alle nicht wünschen können. Das ist der Punkt. Das können wir uns alle nicht wünschen. Aber um Sicherheit zu geben, sollte das Signal gesendet werden, dass wir als Ausschuss und als Parlament schnellstmöglich in der Lage sind, zu reagieren. Ich denke, das ist es, was man zur Petition und zur Situation an den Schulen jetzt seriöserweise sagen kann.

Wenn wir uns das gemeinsam bewusst machen, sind wir sehr schnell einig und handlungsfähig. Wie gesagt, wünsche ich es mir nicht, aber die immer wieder auftretenden Fälle zeigen, wie fragil die Lage ist und dass die Voraussetzungen für die einzelnen Lerngruppen wechselhaft sind. Ich will die Debatte nicht wiederholen, aber das sind nun einmal deutliche Hinweise darauf, dass die Situation für alle Beteiligten schwierig ist.

Jochen Ott (SPD): Zunächst möchte ich mich bei den knapp 25.000 jungen Menschen bedanken, die diese Petitionen nach vorne gebracht haben. Dass in einer so kurzen Zeit eine solche Zahl von Menschen zusammengebracht wurde, zeigt, dass die Behauptung in den Debatten der vergangenen Wochen, dass es sich um Einzelfälle handle, jeder Grundlage entbehrt. Es sind viele, viele Schülerinnen und Schüler, die

sich auf den Weg gemacht haben. Als Parlament sind wir gut beraten, für dieses Engagement zu danken und zu sagen, dass das in einer Demokratie so richtig ist.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

Ich bleibe bei dem, was ich bereits im Plenum gesagt habe: Ich halte die Vorgehensweise für bildungspolitisches Roulette, weil man jetzt im Grunde genommen von zwei Dingen ausgeht. Entweder, es geht alles gut – dann wird man sagen, dass man es gewusst habe –, oder es geht in die Hose – dann werden Sie zu uns als Parlament kommen, und wir werden 24 Stunden am Tag, sieben Tage die Woche zur Verfügung stehen. Ich werde es hier noch mal sagen: Wir werden das Schulgesetz, sollte es notwendig werden, sofort ändern.

Sich aber alleine in eine solche Situation zu bringen, halte ich für falsch. Ich denke, das ist der Lage nicht angemessen. Niemand hofft darauf, dass will ich ganz eindeutig sagen. Ich wünsche allen beste Gesundheit, einen vernünftigen Ablauf der Prüfungen und ein gutes Bestehen. Aber ich finde es unverantwortlich, so vorzugehen.

Außerdem bleibe ich dabei, dass der Fehler am Anfang gemacht worden ist. Ich meine, dass die Kommunikation unklarer war als sie zunächst wirkte, da immer wieder darauf hingewiesen wurde, dass man den Fehler Schleswig-Holsteins nicht begehen dürfe. In der Tat war es – ich würde es mal vorsichtig ausdrücken – kommunikativ kompliziert. Nur hätte man in der damaligen Situation wissen können, dass wir in Nordrhein-Westfalen, wegen der Lage unserer Abiturprüfungen innerhalb des Schulhalbjahrs und des Abstands zu den Sommerferien, eine besondere Situation haben. Insofern ist der Fehler im März oder April gemacht worden.

Ich persönlich halte die Entscheidung, auf Prüfungen zu setzen, anstatt Kinder und Jugendliche in die Schule zurückzubringen, für falsch, da ich finde, dass der Personaleinsatz einfach nicht zu rechtfertigen ist. Aber ich habe zur Kenntnis genommen und immer akzeptiert, dass die Regierung diese Entscheidung getroffen hat. Dann aber muss die Regierung am Ende so oder so mit den Konsequenzen leben.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Aber ihr habt dann da zugestimmt!)

Vorsitzende Kirstin Korte: Liebe Kolleginnen und Kollegen, weil die nächste Sitzung ansteht und die Ministerin weg muss, haben wir mit Blick auf die Uhr nur noch wenige Minuten Zeit. Herr Rock ist noch dran, damit auch diese Seite zum Tragen kommt, und nach einem Satz von Herrn Seifen hat die Ministerin das Wort.

Frank Rock (CDU): Frau Vorsitzende, auch wegen des Videostreams halte ich es für sehr unglücklich, dass die Oppositionsparteien sich ausführlich äußern können und wir auf den letzten Drücker agieren müssen.

(Martina Hannen [FDP]: Ich will auch noch gerne!)

Vorsitzende Kirstin Korte: – Ja, schon klar.

Frank Rock (CDU): Ich finde das sehr unglücklich, weil ich der Meinung bin, dass wir uns bei aller Unterschiedlichkeit äußern können müssen.

Ich muss mich ausdrücklich bei den zwei Herren und den vielen jungen Menschen bedanken, die uns ihren Blick auf die Krisensituation aufgezeigt haben. Ich denke, dass jeder, der hier im Ausschuss sitzt, egal, welcher Fraktion er angehört, intensive Gespräche mit vielen jungen Menschen geführt hat.

Herr Ott, ich muss Ihnen, wie so häufig, widersprechen: Wir haben nicht von Einzelfällen gesprochen, sondern ganz bewusst davon, dass es eine große Masse von jungen Menschen gebe, die sich mitteilen und ihre Zukunft ein Stück weit in die eigenen Hände nehmen wolle. – Das ist Demokratie; das ist gut, wichtig und richtig.

Herrn Ott und Frau Beer möchte ich außerdem sagen, dass Argumente nicht richtiger werden, wenn man sie wiederholt. Herr Ott sagte, dass man das eine durch das andere nicht verhindern dürfe. – Es passiert aber beides. Es werden Prüfungen für mittlere Schulabschlüsse und Abiturprüfungen geschrieben, und wir lassen die Kinder wieder in die Schulen kommen. So zu tun, als ob das eine gelinge, das andere aber nicht, stellt die Situation also nicht richtig dar.

Frau Beer hat als Petitionsausschussmitglied einiges beigetragen und den Beschluss, den der Petitionsausschuss vorgestellt hat, im Grunde genommen mitgetragen. Ich zitiere einen Auszug aus der Beschlussempfehlung: Allerdings hat die KMK am 23. März 2020 festgestellt, dass eine Absage von Prüfungen zum jetzigen Zeitpunkt nicht notwendig sei.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Abhängig von der weiteren Entwicklung der COVID-19-Pandemie ist es daher grundsätzlich möglich, dass von der gegenwärtigen Vorgehensweise abgewichen wird. Die Vorgehensweise müsste aber zwischen den einzelnen Ländern abgestimmt sein.

Das ist genau der Punkt, an dem sich die Meinungen von Frau Beer und uns unterscheiden. Wir sind der festen Überzeugung, dass eine Abstimmung nicht dazu führen kann, dass die Schülerinnen und Schüler in NRW als einzigem Bundesland ein – in Anführungszeichen – Corona-Abitur machen; vielmehr sollte es ein gemeinsames Vorgehen geben.

Darum haben wir das Thema „Sicherheit“ in den Gesetzentwurf nicht eingebunden. Sollte die Pandemiesituation sich aber verändern und sollten Lockerungen nicht mehr möglich sein, sind wir natürlich in der Lage, mit allem, was notwendig ist, darauf zu reagieren.

Die Ministerin wies bereits darauf hin, und ich sage es auch noch mal ganz deutlich: Wir werden Coronaerkrankungen bei Lehrkräften und bei Schülerinnen und Schülern haben. Davon bleibt aber unberührt, dass ein Großteil der Schüler das Abitur in Sicherheit machen kann. Mir ist bewusst, dass es zu Einzelfällen kommen kann, und jeder Einzelfall ist tragisch und nicht gut. Aber wir meinen, dass alle anderen in verhältnismäßiger Sicherheit ein in ganz Deutschland vergleichbares Abitur machen sollten.

Helmut Seifen (AfD): Die Petition ist sehr wichtig. Ich bedanke mich ausdrücklich dafür, weil sie den Sinn derjenigen schärft, die zu entscheiden haben. Die Entscheidungen werden also nicht beiläufig getroffen, sondern es wird mit großer Intensität nachgedacht, wie man entscheiden kann.

Hier stehen sich zwei Werte gegenüber. Der erste besteht darin, für die Gesundheit aller Beteiligten sorgen zu müssen. Das ziehen wir überhaupt nicht in Zweifel. Der zweite besteht darin, dass die Schülerinnen und Schüler ihre Schullaufbahnen möglichst wertig und rechtssicher abschließen können. In einer Pandemiesituation scheinen sich diese beiden Werte zu widersprechen, und es ist Aufgabe der Exekutive und des Parlaments, sie in Einklang zu bringen.

In der Sekundarstufe I haben wir schon die Zentralität ausgesetzt und individuelle Klausuren gestellt. Ähnlich müsste man es im Fall Heinsberg machen. Es stand auch die Idee im Raum, das Ganze zu verschieben, etwa auf Ende August. Sie haben vollkommen recht damit, dass massive Lernlücken nicht zulasten der Schüler gehen dürfen.

Aber deshalb die gesamten Abiturprüfungen auszusetzen, halte ich für sehr hochgegriffen. Ich kenne zahlreiche Schüler, die unbedingt ihr Abitur schreiben wollen. Die gibt es nämlich auch. Wenn wir also diese 25.000 Unterschriften – das hört sich viel an – als Absolutum setzten, würden wir allen anderen Anliegen einen Fußtritt geben. Das kann es ja wohl nicht sein. Die Entscheidungsträger müssen also immer darauf schauen, in diesem Konfliktfall beide Werte zu berücksichtigen.

Ein letzter Punkt: Ich sagte bereits, dass diese Petition aufzeigt, dass durch die Nachrichtenlage, die Fernsehberichte und die vielen Äußerungen von Wissenschaftlern Angst in die Bevölkerung hineingetragen wurde. Ich kann diese Angst verstehen. Aber wir müssen auch sagen, dass sich die Situation, auch wegen neuer Erkenntnisse, geändert hat. Insofern ist die Exekutive gefordert, eine Entscheidung zu finden, die möglichst beide Bedürfnisse berücksichtigt.

Martina Hannen (FDP): Auch mein herzlicher Dank gilt den Petentinnen und Petenten. Gelebte Demokratie ist sehr begrüßenswert.

Das, was Sie und wir hier erleben, ist hochinteressant. Wir erleben einen Herrn Ott, der allen Ernstes sagt, dass man, wenn es in die Hose gehe, zur Verfügung stehe. – Das finde ich schon bemerkenswert. Das wird der Situation in keiner Weise gerecht, und ich finde es nahezu respektlos, den schlimmstmöglichen Fall, dass es jemand aufgrund einer Coronaquarantäne oder -infektion nicht schafft, als mit „in die Hose gehen“ zu bezeichnen. Das spricht Bände.

Außerdem erleben wir, Frau Beer, ein Feilschen darum, wie viele Coronainfizierte es zurzeit an welcher Schule bzw. in welchem Regierungsbezirk gibt oder geben könnte. Hier wird darauf gewartet bzw. spekuliert, dass irgendetwas schiefgeht, um dann sagen zu können, dass man von Anfang an davor gewarnt habe. – Das finde ich unredlich.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Das ist die Realität für Schülerinnen und Schüler!)

Was ich außerdem unredlich finde – und das möchte ich deutlich zum Ausdruck bringen –, ist das Spiel mit der Angst. Die jungen Menschen, die Abiturientinnen und Abiturienten, sind natürlich angespannt und stehen vor einer großen Herausforderung. Wir müssen ihnen dringend ganz viel Glück wünschen und sie mit den Entscheidungen, die wir treffen, in ihrer Zuversicht stärken. Sie in Angst zu versetzen und mit dieser Angst zu spielen, halte ich – ich wiederhole es – für ausgesprochen unredlich.

Ich begrüße die Petitionen ausdrücklich und freue mich, dass wir im Rahmen dieses demokratischen Prozesses darüber sprechen und Rückmeldungen geben können.

(Jochen Ott [SPD]: Aber ernstnehmen wir sie nicht! – Sigrid Beer [GRÜNE]: Ernstnehmen geht anders!)

Im Gegensatz zu Ihnen denken wir nicht darüber nach, ob Dinge in die Hose gehen könnten, sondern wir versuchen mit aller Kraft – und das ist der entscheidende Punkt –, den jungen Menschen, den Abiturientinnen und Abiturienten, den Lehrerinnen und Lehrern Sicherheit auf dem Weg, den sie gehen müssen, zu geben, damit wir dann über Gleichwertigkeit im Land sprechen können.

Vorsitzende Kirstin Korte: Vielen Dank, Frau Hannen. – Jetzt hat die Ministerin, die eigentlich schon weg sein müsste, für die allerletzten Minuten das Wort. Frau Ministerin, bitte.

(Jochen Ott [SPD]: Dann kann der Armin ja schon mal anfangen!)

Ministerin Yvonne Gebauer (MSB): Ich versuche, mich an dieser Stelle kurz zu fassen, bin aber auch dankbar, dass ich einige Sätze sagen darf.

Erstens. Ich nehme Ihre Sorgen und Nöte ernst, und ich nehme auch die Sorgen und Nöte der Eltern ernst. Ich bin selbst Mutter und weiß, was das bedeutet. Ich kann mich in die Lage sehr gut hineinversetzen.

Zweitens. In einer Demokratie ist es Ihr gutes Recht, Ihre Wünsche und Bedürfnisse in Form von Petitionen zum Ausdruck zu bringen. Die Menschen hier im Saal, aber auch alle anderen Parlamentarier, nehmen Petitionen ernst und versuchen, Lösungen für die Petenten zu suchen. Das ist – so darf man es sagen – guter Brauch.

Ich möchte Ihnen in meiner Funktion als Schul- und Bildungsministerin aber auch sagen, dass ich mich zusammen mit 15 weiteren Kolleginnen und Kollegen darauf verständigt habe, trotz Corona die Bildungsabschlüsse auch in diesem Jahr auf der Grundlage von Prüfungen zu vergeben. An diesen einstimmigen Beschluss halte ich mich. Ich breche nicht aus der Ländergemeinschaft aus, sondern ich halte mich daran. Viele Länder haben schon Abiturprüfungen geschrieben, einige Länder schreiben sie derzeit, und hier bei uns in Nordrhein-Westfalen beginnen wir damit am 12. Mai.

Wir haben alles getan und tun auch weiterhin alles, um das Infektionsrisiko an unseren Schulen so klein wie möglich zu halten. Das gilt nicht nur für die Schülerinnen und Schüler, sondern natürlich auch für die Lehrkräfte. Zu den einzelnen Fällen habe ich vorhin schon etwas gesagt.

Hier bei uns haben wir die Abiturprüfungen um drei Wochen verschoben, was nicht in allen Ländern getan wurde. Wir haben noch mal ausgiebig Zeit für Vorbereitungen gegeben; auf freiwilliger Basis in der Schule, aber wenn gewünscht, weiterhin daheim.

Wir werden das weiter so betrachten, wie wir das auch in der Vergangenheit getan haben. Heute kann ich Ihnen nur sagen, dass ich mich an gefasste Beschlüsse halte. Wenn es erforderlich wird, werden wir mit der Situation entsprechend umgehen. Weil wir aber in Nordrhein-Westfalen einen großen Puffer bezüglich der Nachschreibtermine haben, sind wir sehr zuversichtlich, dass die Prüfungen abgelegt werden können.

Vorsitzende Kirstin Korte: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Nachdem wir jetzt schon zehn Minuten überzogen haben, müssen wir uns leider für heute verabschieden. Das tun wir aber nicht, ohne den Abiturientinnen und Abiturienten alle guten Wünsche mit auf den Weg zu geben. Angesichts des Engagements, dass Sie für die Petitionen an den Tag gelegt haben, machen wir uns alle keine Sorgen um die Güte Ihres Abiturs.

(Beifall von der FDP und der AfD)

Bleiben Sie gesund und übermitteln Sie Ihren Klassenkameradinnen und -kameraden alle guten Wünsche.

Verehrte Damen und Herren, ich schließe die Sitzung und bitte Sie, kurz den Raum zu verlassen, da wir umbauen müssen. Wir treffen uns spätestens am 20. Mai oder gleich zur nächsten Anhörung wieder.

Die Sachverständigen bitte ich wegen der Verzögerung um Entschuldigung; ich meine aber, dass es dafür gute Gründe gab.

Ich verabschiede mich von unseren Gästen und sage: alles Gute und tschüss!

gez. Kirstin Korte
Vorsitzende

3 Anlagen

26.05.2020/10.06.2020

73



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An die
Vorsitzende des
Ausschusses für Schule und Bildung
Frau Kirstin Korte MdL
- per E-Mail -

Jochen Ott MdL
Sprecher für den Arbeitskreis Schule und
Bildung
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Fon: 0211 - 884 23 23
Fax: 0211 - 884 32 15
Jochen.Ott@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion.nrw

[REDACTED]

Thema: Sachstand Wiederaufnahme des Schulbetriebs

23.04.2020

Bitte um einen schriftlichen Bericht der Landesregierung zur Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung am 6.05.2020

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

für die Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung am 6.05.2020 beantrage ich für die SPD-Fraktion einen Berichtspunkt mit dem Titel „Sachstand Wiederaufnahme des Schulbetriebs.“

In dem Bericht bitte ich die Landesregierung umfassend den Sachstand im Zuge der Wiederöffnung der Schulen – rückblickend wie auch perspektivisch für den Zeitraum bis zu den Sommerferien – darzulegen.

Mit freundlichen Grüßen

Jochen Ott MdL
Sprecher für den Arbeitskreis Schule und Bildung



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PLATZ DES LANDTAGS 1, 40221 DÜSSELDORF

An die Vorsitzende des
Ausschusses für Schule und Bildung
des Landtags NRW
Frau Kirstin Korte

- Im Hause -
- Vorab per Mail -

Sigrid Beer

Bildungspolitische Sprecherin
Sprecherin für Petitionen

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
Tel: +49 (0) 211.884-2805
Fax: +49 (0) 211.884-3517
Sigrid.Beer@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 28. April 2020

**Beantragung TOP und Bericht der Landesregierung
hier: Freistellungsphasen**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

bei der Teilzeitbeschäftigung im Blockmodell gibt es Freistellungsphasen. Eine Verschiebung der Freistellungsphase ist in der Regel nicht möglich. Durch Corona sind viele Planungen in Frage gestellt. So gibt es Lehrkräfte, die die Freistellung nutzen wollten, um in sozialen Projekten mitzuhelfen. Viele Projekte, gerade auch im Ausland, haben ihre Arbeit zur Zeit eingestellt oder reduziert. Deshalb gibt es den verständlichen Wunsch eine Freistellungsphase zu verschieben auf das kommende Jahr. Für diese Lehrkräfte ist es wichtig zu erfahren, wie das Ministerium für Schule und Bildung zu solchen Verschiebungswünschen steht. Bleibt es beim grundsätzlichen Nein oder sind Verschiebungen denkbar und wenn ja, unter welchen Bedingungen?

Deshalb bitte ich die Landesregierung um einen Bericht zur Schulausschusssitzung am 6. Mai. Ich bitte die Tagesordnung der Sitzung des Schulausschusses entsprechend zu ergänzen.

Mit freundlichen Grüßen

Sigrid Beer MdL

Terminplan 2021
- 1. Jahreshälfte -**ASB**
(Stand: 26.03.2020)

	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	
Januar					1	2	3	Weihnachtsferien bis 06.01. sitzungsfrei
	4	5	6)	7	8	9	10	Sitzungswoche
	11	12	13	14	15	16	17	Sitzungswoche
	18	19	20	21	22	23	24	ASB-Sitzungswoche
	25	26	27	28	29	30	31	Sitzungswoche mit Plenum
Februar	1	2	3	4	5	6	7	Sitzungswoche
	8	9	10	11	12	13	14	sitzungsfrei
	15	16	17	18	19	20	21	sitzungsfrei
	22	23	24	25	26	27	28	Sitzungswoche
März	1	2	3	4	5	6	7	Sitzungswoche mit Plenum
	8	9	10	11	12	13	14	ASB-Sitzungswoche
	15	16	17	18	19	20	21	Sitzungswoche
	22	23	24	25	26	27	28	Sitzungswoche mit Plenum
April	(29	30	31	1	2	3	4	Osterferien 29.03. - 10.04. sitzungsfrei
	5	6	7	8	9	10)	11	sitzungsfrei
	12	13	14	15	16	17	18	Sitzungswoche
	19	20	21	22	23	24	25	ASB-Sitzungswoche
Mai	26	27	28	29	30	1	2	Sitzungswoche mit Plenum
	3	4	5	6	7	8	9	Sitzungswoche
	10	11	12	13	14	15	16	ASB-Sitzungswoche
	17	18	19	20	21	22	23	Sitzungswoche mit Plenum
	24	(25)	26	27	28	29	30	Pfingstferien 25.05. sitzungsfrei
Juni	31	1	2	3	4	5	6	Ausschussreise ASB
	7	8	9	10	11	12	13	ASB-Sitzungswoche
	14	15	16	17	18	19	20	Sitzungswoche mit Plenum
	21	22	23	24	25	26	27	Sitzungswoche
	28	29	30					Sitzungswoche

▣ = ASB-Sitzungen

□ = Plenum

() = Schulferien

_ = Bundesrat

Terminplan 2021 - 2. Jahreshälfte -

	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	
Juli				1	2	3	4	Sitzungswoche mit Plenum
	(5	6	7	8	9	10	11	Sommerferien 05.07.-17.08. sitzungsfrei
	12	13	14	15	16	17	18	sitzungsfrei
	19	20	21	22	23	24	25	sitzungsfrei
August	26	27	28	29	30	31	1	sitzungsfrei
	2	3	4	5	6	7	8	sitzungsfrei
	9	10	11	12	13	14	15	sitzungsfrei
	16	17)	18	19	20	21	22	Sitzungsfrei
	23	24	25	26	27	28	29	Sitzungswoche
September	30	31	1	2	3	4	5	ASB-Sitzungswoche
	6	7	8	9	10	11	12	Sitzungswoche mit Plenum
	13	14	15	16	17	18	19	ASB-Sitzungswoche
	20	21	22	23	24	25	26	Sitzungswoche
Oktober	27	28	29	30	1	2	3	ASB-Sitzungswoche
	4	5	6	7	8	9	10	Sitzungswoche mit Plenum
	(11	12	13	14	15	16	17	Herbstferien 11.10.-23.10. sitzungsfrei
	18	19	20	21	22	23)	24	sitzungsfrei
	25	26	27	28	29	30	31	ASB-Sitzungswoche
November	1	2	3	4	5	6	7	Sitzungswoche mit Plenum
	8	9	10	11	12	13	14	ASB-Sitzungswoche
	15	16	17	18	19	20	21	Sitzungswoche
	22	23	24	25	26	27	28	Sitzungswoche mit Plenum
Dezember	29	30	1	2	3	4	5	Sitzungswoche
	6	7	8	9	10	11	12	ASB-Sitzungswoche
	13	14	15	16	17	18	19	Sitzungswoche mit Plenum
	20	21	22	23	(24	25	26	Weihnachtsferien 24.12.-08.01. sitzungsfrei
Januar	27	28	29	30	31	1	2	sitzungsfrei
	3	4	5	6	7	8)	9	sitzungsfrei